

Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten
Postfach 71 25 | 24171 Kiel
gem. anliegendem Verteiler

Minister

Landräte

Nachrichtlich: Geschäftsführer KLV

5. Oktober 2015

Kreisverteilung von Flüchtlingen

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich danke Ihnen für die offene Diskussion auf der Kommunalkonferenz am 30.09.2015, an die ich gern anknüpfen möchte.

Sie hatten meiner Lagedarstellung entnommen, dass durch den weitgehend unregelmäßigen Zugang von Flüchtlingen über die österreichisch-deutsche Grenze Schleswig-Holstein und seine Kommunen vor weitaus größeren Herausforderungen stehen, als dies noch im Sommer absehbar war. Die derzeit vom Bund ergriffenen oder noch diskutierten Maßnahmen zu einer jedenfalls besseren Regulierung ändern an der Tatsache nichts, dass derzeit rund 400 Flüchtlinge und mehr täglich nach Schleswig-Holstein kommen und zunächst in unseren Erstaufnahmeeinrichtungen Aufenthalt finden. Bis Ende September haben gut 25.000 Menschen unser Land erreicht und sich für einen Verbleib entschieden. Hinzu kommen einige tausende, die durch unser Land nach Skandinavien weitergereist sind. Das Land hat in kurzer Zeit gut 10.000 Plätze (seit Juli 2015 plus 8.000!) für eine Erstaufnahme geschaffen. Weitere Optionen werden buchstäblich täglich soweit Instand gesetzt, dass die bei uns Schutz suchenden Menschen bei aller Improvisation jedenfalls ein Dach über dem Kopf haben und erstversorgt werden. Das gelingt nicht zuletzt durch die große Unterstützung vor Ort.

Dafür danke ich ausdrücklich allen, die daran beteiligt sind: den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Kreisen, Städten, Ämtern und Gemeinden, den Hilfsdiensten, der Bundeswehr und den unzähligen ehrenamtlichen Helfern – nicht zuletzt auch Ihnen persönlich.

Ich habe keine Anhaltspunkte dafür, dass der Zugang von Flüchtlingen in den nächsten Wochen und Monaten geringer wird.

Die Schaffung von Erstaufnahmeplätzen ist für das Land eine große Herausforderung logistischer, organisatorischer, personeller und finanzieller Art, die ohne das kommunale und ehrenamtliche Engagement vor Ort nicht denkbar wäre. Mit diesem Aufwuchs an Erstaufnahmeplätzen und gänzlich neuen Strukturen in der Landesverwaltung werden viele Ziele verfolgt, vor allem der Schutz der sich uns anvertrauenden Menschen, aber auch das Ziel, den Kommunen mehr Zeit zu geben, sich auf die sich völlig verändernden Umstände einzustellen. Mehr Zeit, als sie das Land hatte, nachdem die Bundeskanzlerin auf die Situation an der ungarisch-österreichischen Grenze reagierte.

Mit dieser ungeheuren Anstrengung, die Zahl der Erstaufnahmeplätze rasant aufwachsen zu lassen, schafft das Land einen spürbaren Puffer für die Verteilung und Aufnahme von Flüchtlingen in den Kommunen. Denn an sich handelt es sich ja um ein atmendes System – der Umfang der Kreisverteilung und die Dauer des Verbleibs wird durch den Zugang ins Land bestimmt.

Wir haben im Flüchtlingspakt – bei noch ganz anderen Zugangszahlen – unser Ziel definiert: „Das Land wird zusätzlich Erstaufnahmeeinrichtungen aufbauen, mit dem Ziel, eine Verweildauer von grundsätzlich 6-8 Wochen in den Erstaufnahmeeinrichtungen zu erreichen. Der Zeitraum von 6 Wochen ist aus Sicht des Landes und der Kommunen eine zentrale Mindestvoraussetzung, um eine integrationsorientierte Aufnahme zu ermöglichen...“

Trotz des völlig unvorhersehbaren Anstiegs der Flüchtlingszahlen ist es dem Land gelungen, derzeit eine Aufenthaltsdauer von ca. 5 Wochen in der Erstaufnahme zu ermöglichen. 10-14 Tage Vorlauf für eine Verteilung eines Flüchtlings in die Kommunen sollen auf jeden Fall auch weiter gewährleistet sein. Sobald es die freien Kapazitäten erlauben, wird auch die Verteilung von Flüchtlingen ohne Bleibeperspektive – entsprechend der Ankündigung in unserem Flüchtlingspakt – schrittweise reduziert werden.

Derzeit verteilen wir rund 1.000 Flüchtlinge pro Woche in die Kommunen. Angesichts der aufwachsenden Zahlen streben wir an, diese Verteilquote in Abstimmung mit Ihnen schrittweise weiter an die realen Zugangszahlen anzunähern. Denn der beschriebene Zuwachs an Erstaufnahmeplätzen lässt sich nicht weiter in dem Tempo realisieren, wie sich die Flüchtlingszahlen mit rund 3.000 je Woche weiter entwickeln. In dieser Situation werden wir eine Obdachlosigkeit von Flüchtlingen in den kommenden Wochen und Monaten nur vermeiden können, wenn jede Ebene an die ehrliche Grenze der Belastbarkeit geht. Das Land wird selbstverständlich weiter seinen erheblichen Teil dazu beitragen.

Ministerpräsident Albig hat bei der Kommunalkonferenz deutlich gemacht, dass das Land die Kommunen bei den schwierigen Unterbringungsfragen nicht allein lassen wird.

Mit den kommunalen Landesverbänden wird derzeit über ein „Kommunalkpaket II“ verhandelt. Neben vielen wichtigen Einzelthemen steht dabei die Verwendung der Mittel des Bundes für die Leistungen von Land und Kommunen für Flüchtlinge im Mittelpunkt. Das Thema der kommunalen Unterbringung und weitere Hilfestellungen des Landes liegen mir dabei besonders am Herzen. Ich füge diesem Schreiben noch einmal meinen 10-Punkte-Plan bei.

Um diese Diskussionen und das Thema der kommunalen Unterbringung zielgerichtet voranbringen zu können, bitte ich Sie um die **Hergabe Ihres aktuellen Konzepts für die kreisinterne Verteilung von Flüchtlingen**: Haben Sie z.B. eine Mindesteinwohnerzahl für Kommunen vorgesehen, in die Sie Flüchtlinge zur Verteilung bringen? Gibt es eine kreisinterne feste Quote? ...

Ich bitte ebenso um Prüfung, **ob und wie Sie Ihr Konzept der veränderten Lage anpassen**, wenn Sie unterstellen, dass sich die Quote für die Aufnahme der Flüchtlinge in den Kreisen nicht grundsätzlich ändern wird und Sie in den kommenden Wochen entsprechend Ihrer Quote rund die doppelte Zahl von Flüchtlingen zur Unterbringung in den kreisangehörigen Bereich bringen.

Ihre entsprechenden formlosen **Berichte nach Abstimmung mit dem kreisangehörigen Bereich** erbitte ich bis zum 16. Oktober 2015 zur Mailadresse fluechtlingshilfe@im.landsh.de. Sie werden mir die kurze Frist nachsehen: Wir benötigen Ihre Angaben zur Vorbereitung der weiteren Kommunalkonferenz Mitte November und für die Verhandlungen zum Kommunalpaket II.

Mir ist bei allem sehr bewusst, dass wir gemeinsam vor einer riesigen Herausforderung stehen, für die wir alle keine Blaupause haben.

Lassen Sie uns in gemeinsamer Verantwortung unsere jeweiligen Möglichkeiten analysieren – dies sind wir sowohl den zu uns kommenden wie auch den hier lebenden Menschen schuldig. Ich bin sicher, dass wir in den kommenden Wochen eine Verständigung über die Unterbringung und die Finanzverteilung erzielen werden, die unsere gemeinsame Handlungsfähigkeit dokumentieren wird.

Ich danke Ihnen und verbleibe

mit freundlichen Grüßen



Stefan Studt

Anlage